

# Die indische Innenpolitik im Berichtsjahr

Joachim Betz

Innenpolitisch verlief das Jahr 2002 (bis einschließlich Februar 2003) vergleichsweise stürmisch. Der Beginn war geprägt von blutigen, kommunalen Auseinandersetzungen zwischen organisierten Moslem- und Hindugruppen in Gujarat. Wie immer waren davon hauptsächlich Unschuldige betroffen, wie immer traten über diesen Ereignissen die eigentlichen Probleme guter Regierungsführung in den Hintergrund. Die Ausschreitungen gegenüber den Muslimen trugen immerhin dazu bei, dass die Regierung die Radikalen bei der schon Jahre schwelenden Frage des Tempelbaus dämpfte. Dies vertiefte freilich den Graben zwischen der hauptsächlichlichen Regierungspartei BJP (Bharatiya Janata Party) und ihren Vorfeldorganisationen. Die nachhaltige Schwächung der Regierungskoalition wurde erst durch den triumphalen Wahlsieg der BJP in Gujarat überwunden, der einer bewussten Polarisierung der kommunalen Gegensätze zu verdanken war. Er gab nicht nur der BJP Anlass, ihre bisherige politische Mäßigung zu überdenken, sondern brachte auch die oppositionelle Kongresspartei in Zugzwang und dämpfte deren Selbstbewusstsein hinsichtlich der Unterhauswahlen im Jahr 2004 erheblich.

In Bezug auf die ethnischen/separatistischen Konflikte im Lande war erhebliche Besserung zu konstatieren. In Kaschmir versuchten zwar radikale separatistische Kreise die Kandidatur ihnen vergleichsweise nahestehender Politiker und den Wahlgang selbst zu verhindern – mit Unterstützung pakistanischer Kreise; dies stellte jedoch kein Hindernis für eine vergleichsweise vorzeigbare Wahlbeteiligung dar. Das Wahlergebnis war nicht nur eine Schlappe für allzu pakistanhörige Gruppen, sondern auch für die Extremisten auf der anderen Seite und die bislang regierende National Conference. Schließlich gelang der indischen Regierung auch der Friedensschluss mit einer der ältesten „Befreiungsorganisationen“ in Nagaland.

## 1 Kommunale Konflikte in Gujarat

Der Beginn des Jahres stand im Zeichen des erneuten Konflikts um den geplanten Tempelbau in Ayodhya und die durch ihn ausgelösten kommunalen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Hindus in Gujarat. Das Vorhaben, einen Tempel zu bauen, hat mittlerweile schon eine längere Geschichte, die durch die Zerstörung der Babri-Masjid-Moschee im Dezember 1992 (und die anschließenden blutigen Auseinandersetzungen) allerdings eine neue Wendung nahm. Die Politik versuchte seit der Unabhängigkeit dieses Problem dadurch zu „lösen“, dass den Gerichten der schwarze Peter zugeschoben wurde, d.h. die Zulässigkeit eines Tempelbaus juristisch geklärt werden sollte. Die wegen der Brisanz dieser Frage völlig überforderten Gerichte zögerten die Sache begreiflicherweise immer wieder hinaus, hinduradikale Organisationen durchschauten diese Verzögerungstaktiken und forderten politische Klärung durch die Regierung. Ende 2001 begannen sie erneut ungeduldig zu werden und kündigten den Baubeginn in Ayodhya für Mitte März 2002 an. BJP-Präsident Jana Krishnamurti und die Partei in der Regierung wollten jedoch den Spruch der Richter abwarten und wiesen darauf hin, dass sie durch ihre Koalitionspartner an der Parteinahme zugunsten einer Religionsgemeinschaft gehindert seien. Der Hinduweltrat (Vishva Hindu Parishad – VHP) zeigte an solchen politischen bzw. juristischen Feinheiten kein Interesse: Beim Tempelbau gehe es um Leben und Tod, ließ er verlauten und drohte der Regierung unverhüllt, man werde sich auch durch Polizeieinsatz am Baubeginn nicht hindern lassen, und forderte sie auf, ihr schon vor dem Urteilsspruch des Gerichts das von ihr akquirierte Land zum Tempelbau zu übergeben. Vermittlungsversuche der in dieser Frage auch nicht gerade moderaten RSS scheiterten.

Bevor die Ereignisse ihren tragischen Lauf nahmen, fanden zunächst Wahlen in fünf Unionsstaaten statt. Sie brachten der BJP massive Verluste, hauptsächlich in ihren städtischen Hochburgen. Im Punjab konnte sich die Kongresspartei durchsetzen; ihr dortiger Parteichef Amarinder Singh wurde als neuer Chefminister vereidigt. Auch im neu geschaffenen Unionsstaat Uttaranchal setzte sich die Kongresspartei durch, während sie in Manipur nur mit Hilfe ihrer regionalistischen Partner, die fast die Hälfte der Landtagssitze kassierten, die Regierung übernehmen konnte. Noch enttäuschender war für die BJP, dass in Madhya Pradesh die Wahlen nicht zuungunsten des Amtsinhabers (ebenfalls Kongresspartei) ausfielen und dass sie in Uttar Pradesh mit deutlichem Abstand zur Samajwadi Party (SP) nur auf dem zweiten Platz landete. Deren Anführer Mulayam Singh Yadav konnte jedoch trotz vollmundiger Ankündigungen keine regierungsfähige Mehrheit zustandebringen, weil sich die lokale Fraktion der Kongresspartei (nach Weisung durch die Zentrale in Delhi) einer Koalition verweigerte. Der Gouverneur beantragte nach diesem Debakel zunächst einmal die Unterstellung des Staates unter Direktverwaltung. Die Wahlen zerstörten insgesamt den Mythos vom ständigen Vormarsch der BJP und erhöhten die Zahl der von der Kongresspartei geführten Landesregierungen auf jetzt 13 (sowie ein Unionsterritorium).

Währenddessen hatten radikale Hindugruppen ihre Aktivitäten zum Baubeginn in Ayodhya fortgesetzt: Täglich wurden Tausende von Freiwilligen dorthin gebracht, unterstützt von der Landesregierung und den indischen Eisenbahnen, die Sonderzüge einsetzten. Ein solcher Zug mit Aktivisten, der aus Ayodhya zurückkehrte, wurde von radikalen Muslimen (die offenbar vorher provoziert worden waren, allerdings auch schon das nötige Brennmaterial dabei hatten) kurz nach der Station Godhra (nahe Ahmedabad im Bundestaat Gujarat) Ende Februar 2002 in Brand gesetzt, wobei 58 Pilger den Tod fanden. Der gleich danach vom Hinduweltirat (VHP) ausgerufene nationale Protesttag führte zu schweren Ausschreitungen gegenüber den Muslimen, vornehmlich in den Städten Gujarats. In diese schaltete sich die (auch unterbesetzte und wenig disziplinierte) Landespolizei trotz Verletzung des Ausgehverbots viel zu spät ein. Erst die wenige Tage später eintreffende Armee konnte die Situation einigermaßen unter Kontrolle bringen. Der Zugang nach Ayodhya wurde hermetisch abgeriegelt, das Ausgehverbot brutal durchgesetzt. Freilich waren inzwischen etwa 800, meist unschuldige Muslime, Opfer der Schlächtereien geworden. Bei diesen hatten überdies (gemäß späteren Polizeiberichten) BJP- und VHP-Aktivisten eine herausragende Rolle gespielt, den Mob angeführt oder mit Wählerlisten zur Identifizierung der Muslime bewaffnet. Der von der BJP geführte Landesregierung musste zumindest Passivität, wenn nicht gar Billigung des Pogroms vorgeworfen werden (sie bekundete Verständnis für den „Volkszorn“), auch die Zentralregierung fand sich nicht zur Verurteilung der Gewalttätigkeiten an den Muslimen bereit. Unter Druck der Opposition, die die Entlassung der Landesregierung von Gujarat forderte, erließ sie aber einen Friedensappell und nötigte die VHP-Aktivisten, den Baubeginn in Ayodhya zu verschieben, wenn ihr eine Art Gottesdienst auf dem umstrittenen Gelände gestattet. In einem Eilentscheid enthob der Oberste Gerichtshof die Regierung der Verlegenheit, dies zugestehen zu müssen. Die noch mögliche Restzeremonie geriet recht harmlos, vielleicht aber nur deshalb, weil Tausende potenzieller Unruhestifter in vorherigen Gewahrsam genommen wurden.

Die Unruhen in Gujarat hatten auch für die Zentralregierung ein Nachspiel. Zunächst erzwang die Opposition durch Tumulte eine Vertagung des Unterhauses. Einige Koalitionspartner forderten ein Verbot des VHP und des Bajrang Dal (der radikalen Jugendorganisation) und drohten der BJP mit Rückzug aus der Regierung, wenn der VHP ihren Plan realisierte, die Asche der Opfer von Godhra durch ganz Indien zu tragen. Entsprechend wurde die Aktion abgeblasen. Dies brachte eine deutliche Entfremdung zwischen der BJP und ihrem radikalen Vorfeld. Der RSS distanzierte sich bei einem Treffen in Bangalore (Ende März) recht deutlich von der Regierung, die angeblich ihre Prinzipien verraten habe. Dazu passte auch, dass der wirtschaftsliberale Finanzminister Sinha bei der Zusammenkunft des BJP-Vorstandes in Goa (Mitte April) von einzelnen Mitgliedern scharf angegriffen wurde. Er verbringe zuviel Zeit mit Unternehmern in Luxushotels statt mit einfachen Mitgliedern, habe also die Bodenhaftung verloren. Sein diesjähriger Staatshaushalt sei mit verantwortlich für das Wahldebakel im Februar. Die Wirtschaftspolitik ins-

gesamt wurde in Goa allerdings gebilligt, lediglich in wichtigen Steuerfragen musste der Minister zurückstecken.

Eine gewisse politische Entlastung erfuhr die Regierung dadurch, dass die Kongresspartei sich Einflüsterungen (vornehmlich der Kommunistischen Partei) widersetzte, einen vorzeitigen Sturz in die Wege zu leiten. Die Führung um Sonia Gandhi war sich der Tatsache bewusst, dass sie kaum eine regierungsfähige Alternative zustande bringen würde, und hatte diesbezüglich wohl ihre Lektion von 1999 gelernt. Diese Haltung förderte das Bestreben einiger kleinerer Parteien, wieder eine Art dritter Front (jenseits von BJP und Kongresspartei) ins Leben zu rufen. Die Kommunisten blieben in dieser Frage gespalten: Auf ihrem 17. Parteikongress Mitte März wurde ihr BJP-feindlicher Grundstandpunkt erneut bestätigt. Eine Allianz mit der Kongresspartei wurde aber ebenfalls wegen deren unterschiedlicher Klassenbindung abgelehnt. Bei einer möglichen Unterstützung einer künftigen Kongressregierung von außen gingen die Stimmen auseinander: Abgelehnt wurde diese von den kommunistischen Landesverbänden in Kerala und Tripura, deren lokaler Hauptgegner die Kongresspartei darstellt. Diese präsentierte sich bei ihrem Konklave in Guwahati (Assam) recht selbstbewusst. Als Leitlinie der künftigen Wahlstrategie wurde gute Regierungsführung vorgegeben, als Beispiele wurden hier das Dezentralisierungsprogramm in Kerala, das Beschäftigungsprogramm Maharashtras und eine allgemeine Qualitätsverbesserung im Bildungswesen zitiert. Das Konklave war sich sicher, dass Narendra Modi die Landtagswahlen in Gujarat wegen extrem schlechter Regierungsführung verlieren werde.

Ein weiterer Aktivpunkt stellte für die Zentralregierung die erfolgreiche Bildung einer Koalition mit der Partei der Unterkastigen (Bahujana Samaj Party – BSP) in Uttar Pradesh dar. Dies war in der BJP nicht ganz unumstritten, weil es schon der dritte Koalitionsanlauf war und die BJP bei früheren Koalitionen von der BSP-Parteichefin Mayawati geradezu vorgeführt worden war. Vor allem der vormalige Chefminister Rajnat Singh sprach sich gegen eine erneute Koalition aus, wurde aber zur Ordnung gerufen, weil die Koalition in Delhi der Unterstützung durch die 14 Abgeordneten der BSP bedürfte, falls einige Partner wegen der parlamentarischen Behandlung der Unruhen in Gujarat abspringen sollten. Dieser politische Kuhhandel sollte sich als äußerst nützlich erweisen: Ende April überstand die National Democratic Alliance ein wegen dieser Vorgänge eingebrachtes Misstrauensvotum der Opposition im Unterhaus. Die Einbringung hatte die Präsidentin der Kongresspartei Sonia Gandhi zu einer allgemein als staatsmännisch empfundenen Rede genutzt, auf die der ansonsten wortgewaltige Premier Vajpayee nur schwach reagierte. Die Unterstützung der Allianz beim Misstrauensvotum durch die Partner fiel teilweise recht lau aus, drei Partner enthielten sich gar der Stimme. So kam der Unterstützung durch die BSP durchaus Gewicht zu. Jedenfalls überstand die Regierung das Misstrauensvotum mit einer komfortablen Marge.

## 2 Ämterneubesetzungen

Im Juni 2002 stand die Designierung eines neuen Staatspräsidenten an. Die Kongresspartei hätte die Fortsetzung der Amtsgeschäfte durch den bisherigen Präsidenten Narayanan favorisiert, konnte dafür aber ebenso wenig eine Mehrheit mobilisieren wie die BJP mit Kandidaten, die sehr auf ihrer eigenen Linie lagen. Die sich abzeichnende Blockade löste Premierminister Vajpayee dadurch auf, dass er den Architekten des indischen Raketenprogramms, den hoch geachteten Außenseiter Abdul Kalam, ins Spiel brachte. Dieser konnte nicht nur auf allgemeine Akzeptanz rechnen, sondern war zudem auch noch Vertreter einer Minderheit (der eben gerade angefeindeten Muslime). Die Kongresspartei konnte sich diesem Vorschlag, trotz Getöse anderer Oppositionsparteien, schlecht entgegenstellen. Am 25. Juni wurde Abdul Kalam in sein Amt eingeführt; er versprach, zur kommunalen Versöhnung beizutragen.

Personelle Neubestellungen gab es auch bei der lange angekündigten Kabinetts-umbildung Anfang Juli. Diese mit viel Vorschusslorbeeren bedachte Übung, die der Regierung einen Energiestoß bringen sollte, fiel vergleichsweise bescheiden aus. Der vom radikalen Vorfeld der BJP ungeliebte Finanzminister Sinha tauschte mit Außenminister Jaswant Singh einfach die Plätze. Der Kandidat des Premierministers für die Finanzbehörde, der bisherige Privatisierungsminister Arun Shourie, war einfach nicht durchsetzbar, bekam aber zu seinem bisherigen Portfolio noch den Handelsbereich. Der Vorsitzende der BJP, Jana Krishnamurty, musste für den Verzicht auf dieses Amt mit dem Posten des Justizministers bedacht werden (s.u.), ansonsten gab es kleinere Veränderungen und insgesamt ein Anschwellen des Ministerrats auf die Rekordzahl von 77. Der neue Rat ist damit der umfangreichste der indischen Geschichte. Wirklich nennenswertes Ereignis war nur die Beförderung von Innenminister Advani zum Vizepremier, ein Amt, das seit der Unabhängigkeit nicht immer besetzt wurde. Mit dieser Beförderung wurde dem rechten Flügel der BJP ein positives Signal gegeben, gilt Advani doch in Fragen der Hindu-Agenda (nicht ganz zu Recht) als Hardliner. Dahinter steckte aber wohl mehr eine sich stetig verstärkende Amtsmüdigkeit des Premierministers, der sich bislang auch häufiger von Advani vertreten ließ, sowie das Bestreben der Partei, rechtzeitig für die nächste Unterhauswahl (2004) einen Kandidaten mit guten Wahlchancen aufzubauen. Advani selbst wies aber diesbezüglichen Ehrgeiz von sich, forderte vielmehr Vajpayee schon jetzt auf, erneut zu kandidieren.

Es wurde schon erwähnt, dass dem bisherigen BJP-Vorsitzenden der Abgang mit dem Justizministerium versüßt wurde. Unter Krishnamurty war die Partei gegenüber der Regierung allzusehr marginalisiert worden, Beförderungen fanden im Wesentlichen nach Alter statt. Sein wesentlich jüngerer Nachfolger M. Venkaiah Naidu versprach, die Partei zu dynamisieren und aggressiver zu machen. Er wollte auch die Beziehungen zwischen Regierung und Partei verbessern. Beobachter sahen in seiner Bestellung einen Rechtsruck in der Partei bestätigt. Der neue Vizepremier Advani bestritt dies, betonte aber, die Partei könne gegenüber ihrer eigenen (Hindutva-) Ideologie nicht indifferent bleiben.

### 3 Regierungsführung

In einer Order vom 28. Juni hatte der Chef der indischen Wahlkommission, die sich in den letzten Jahren immer stärker als Anwalt guter Regierungsführung profiliert hatte, von den Kandidaten zu den Parlamentswahlen verlangt, der Kommission ihr Straftatenregister, gegen sie anhängige Verfahren, ihren Vermögensstand, ihre Bankschulden und ihren Bildungsabschluss zu offenbaren. Die Order ging auf die Initiative des Obersten Gerichtshofes zurück, störte aber dennoch fast alle indischen Parteien auf, die dagegen Sturm liefen. Sie konnten sich freilich dabei nicht gegen die Entkriminalisierung der indischen Politik wehren (das Hauptanliegen der Wahlkommission), sondern kritisierten das expansive Wesen des Kommissionsvorsitzenden Lyngdoh. Wie angebracht die Initiative war, zeigte sich bereits im August anlässlich eines neuen Korruptionsskandals, bei dem Verwandte etlicher Minister, RSS-Führungskader und Unterhausabgeordnete mit Lizenzen zum Verkauf von Ölpumpen bedient worden waren. Premierminister Vajpayee blieb nach stürmischer öffentlicher Kritik nichts anderes übrig, als sämtliche Lizenzen zu kassieren. Die Sache hätte sonst auch ein spektakuläres juristisches Nachspiel gefunden.

Der Ölpumpenskandal zeigte erneut, dass die BJP nur schwer ihren Anspruch einzulösen vermochte, eine „andere“ (sprich: saubere) Partei darzustellen. Genau um das beschädigte Image zu reparieren, traf sich die Parteiführung Anfang August in Neu-Delhi. Auf dem Treffen wurden Faktionismus und Postenjägerei innerhalb der Partei beklagt, der eklatante Mangel an Disziplin und Aktivismus der Parteimitglieder. Den Mitgliedern wurde der Weg der Selbstkorrektur empfohlen, womit die Führung sich offenbar von Mitschuld freisprechen wollte. Zusätzlich wurde auf dem Treffen bereits die Strategie für die nächsten Unterhauswahlen besprochen, wobei sich Differenzen in der Frage ergaben, ob die Partei diese Wahlen mit oder ohne Allianzpartner bestreiten sollte. Premierminister Vajpayee warnte angesichts der gegenwärtigen Schwächung der Partei dringend vor der letztgenannten Strategie.

Zum Herbstbeginn 2002 präsentierten sich jedenfalls die Regierung und ihr wichtigster Partner nicht gerade in Bestform. Viele Mitglieder der Regierung begannen an den Siegeschancen für die nächsten Unterhauswahlen zu zweifeln, die Presse denunzierte die BJP genüsslich als eine Partei „without a difference“. Dazu kamen noch aktuelle Probleme bei der Privatisierung zweier staatlicher Ölgesellschaften. Bei der Privatisierung insgesamt, die sich zu einem Schaustück der Regierung entwickelt hatte, war das Tempo im Berichtsjahr deutlich verlangsamt worden. Wichtige gesellschaftliche Gruppen wehrten sich besonders gegen Verkäufe gewinnträchtiger Staatsunternehmen. Dazu gehörten auch die beiden Ölgesellschaften. Der für die Ölindustrie zuständige Minister hatte die Privatisierung lange blockiert. Er favorisierte überdies den Verkauf ans Publikum statt an einen strategischen Investor (wie von der Regierung geplant). Als sich auch Verteidigungsminister Fernandes und Innenminister Advani dem Ölminister anschlossen, wurde die ganze Angelegenheit erst einmal vertagt. Ein anderer wirtschaftspolitischer Vorstoß der Regierung zur Verbesserung des Investitionsklimas, die Heraufsetzung des statthaften ausländi-

schen Kapitalanteils in einzelnen Branchen, wurde ebenfalls auf die lange Bank geschoben.

An der geplanten Privatisierung der beiden Ölgesellschaften entzündeten sich auch wieder Konflikte zwischen der BJP und ihrem radikalen Vorfeld. Der RSS blies zum Angriff auf die Regierung, fand dabei auch Alliierte innerhalb des Kabinetts. Premierminister Vajpayee machte aber klar, dass er am wirtschaftlichen Modernisierungskurs festhalten wolle. Auf einer Friedenskonferenz des Sangh Parivar (also aller Organisationen mit Verbindungen zur BJP) in Neu-Delhi Anfang November wurde versucht, die Differenzen auszubügeln. RSS und VHP attackierten die Regierung wegen der Hofierung des Auslandskapitals und der mangelnden Förderung des Tempelbauvorhabens, die BJP-Minister verwiesen auf Koalitionszwänge und kritisierten die Vorfeldorganisationen wegen ihrer kommunalistischen Umtriebe, die das Image der Regierung gefährdeten. Wie weit die Entfremdung gediehen war, zeigte ein Leitartikel im Organ der RSS vom 13. Oktober, der ausführte, die gegenwärtige Regierung gehöre in den Müllkübel der Geschichte.

## **4 Die Wahlen in Gujarat**

Die Wahlen in Gujarat im Dezember 2002 brachten der Regierung nachhaltige Entlastung und ließen ihre Chancen für die Landtagswahlen 2003/04 und die Unterhauswahlen 2004 in einem neuen, sehr viel freundlicheren Licht erscheinen. Vorauszuschicken ist, dass bei der Terminierung der Wahlen allerlei taktische Winkelzüge versucht wurden. Chefminister Narendra Modi war bestrebt, die Hindusolidarisierungswelle im Anschluss an die Vorfälle vom Februar zu nutzen und einen möglichst frühen Wahltermin anzusetzen, um noch rechtzeitig seine politische Ernte einzufahren. Seine Regierung hatte daher am 19. Juli die Auflösung des Landtages beschlossen. Da verfassungsgemäß nur eine sechsmonatige Parlamentsvakanz statthaft war, hätten die Wahlen nicht, wie ursprünglich geplant, erst im Februar 2003 stattfinden können. Die Regierung wollte sie in den Oktober vorziehen. Hierüber und über die Befugnisse der Wahlkommission, die die Abhaltung der Wahlen von der Wiederherstellung von Recht und Ordnung in Gujarat abhängig machen wollte, gab es in Indien eine intensive öffentliche Debatte.

Mit Recht und Ordnung in Gujarat stand es auch nach den Vorfällen vom Februar 2002 nicht zum Besten. Die Gewalt gegen muslimische Gruppen setzte sich – auf niedrigerem Niveau – fort. Von Anfang März, als die Gewalt angeblich eingedämmt worden war, bis Mitte Mai wurden weitere 400 Menschen das Opfer von Anschlägen. Dabei ging die Gewalt auch von den Flüchtlingscamps der Muslime aus, in denen sich militante Gruppen breit machten. Normale Flüchtlinge trauten sich nicht mehr in ihre Heimorte zurück, weil sie zu Recht für ihr Leben fürchteten. Im September untersagte die Wahlkommission die Abhaltung der Landtagswahlen im Oktober mit dem Argument, die Wählerlisten seien unvollständig und nicht korrekt, ein friedlicher Wahlverlauf könne überdies noch nicht sichergestellt werden. Wenig später verübte ein muslimisches Selbstmordkommando einen Anschlag auf einen Hindutempel in Gujarat, bei dem über 30 Gläubige (wahllos) getötet wurden. Die

Attentäter verschanzten sich im Tempel, der von Spezialeinheiten der Polizei gestürmt wurde. Um der Gefahr neuer Ausschreitungen entgegenzutreten, flogen sowohl der Premierminister wie auch Innenminister Advani sofort nach Ahmedabad, Chefminister Modi rief die Bevölkerung zur Besonnenheit auf. Dies stand alles in deutlichem Gegensatz zum Krisenmanagement im Februar. Wie üblich wurden allerdings Pakistan und sein Geheimdienst beschuldigt, Anstifter des Anschlages gewesen zu sein.

Den Wahlen in Gujarat kurz voraus ging die Gefährdung der gerade gezimmernten BJP/BSP-Regierung in Uttar Pradesh. Ursache waren abtrünnige unabhängige Abgeordnete und solche der BJP. Ihre Zahl reichte aus, um die regierende Koalition in die Minderheit zu bringen. Der Gouverneur von Uttar Pradesh (ein Mitglied von BJP und RSS) weigerte sich aber, der Regierung den Test ihrer Mehrheitsfähigkeit in der noch laufenden Landtagsperiode abzuverlangen. Damit konterkarierte er die Aktivitäten des SP-Führers Mulayam Singh Yadav, eine alternative Regierungskoalition zustande zu bringen.

Im Wahlkampf in Gujarat machte der amtierende Chefminister Modi die Attacke auf die Hindupilger im Februar und generell die Umtriebe der Muslime praktisch zum dominanten Wahlkampfthema, obwohl Premierminister Vajpayee anderes versprochen hatte. Die Kongresspartei wurde in enge Verbindung zu den Moslemterroristen gebracht, Modi als Verteidiger der gerechten Sache gefeiert. Die Kongresspartei versuchte dagegen, die schlechte Regierungsführung Modis zu thematisieren, versprach bessere Grundversorgung, machte aber insoweit Konzessionen an den Zeitgeist, als sie auch mit einer (milderer) Hindutva-Variante aufwartete. Der Wahlkampf war von zahlreichen Gewalttätigkeiten begleitet.

Die ganze politische Elite beteiligte sich am Wahlkampf in Gujarat. Hauptmagnet der Massen war ohne Zweifel der Chefminister. Der hatte schon vor dem eigentlichen Wahlkampf „Pilgerfahrten“ durch Städte und Gemeinden in Gujarat unternommen, bei denen er seine Strategie der kommunalen Polarisierung perfektionierte. Dies ging so lange, bis die Wahlkommission diese Fahrten mit Billigung der Zentralregierung stoppte. Meinungsumfragen sagten Modi schon deutlich vor der Wahl großen Erfolg mit seiner Strategie voraus.

So geschah es auch. Die BJP erreichte (mit einem anteilmäßig nur leicht verbesserten Ergebnis) eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mandate, die Kongresspartei verbesserte sich leicht, der Rest wurde dezimiert. Das Ergebnis war umso bemerkenswerter, als die BJP in allen vorherigen Wahlen verloren hatte und in Indien amtierende Regierungen traditionell bisher eher abgestraft worden waren. Noch bemerkenswerter war, dass die BJP vor allem in den Unruhegebieten zugelegt hatte, wo der Abstand zur Kongresspartei unüblich groß wurde. Sie legte auch bei den niedrigeren Kasten und sozialen Schichten zu, schnitt aber schlecht ab in den früheren Erdbengebieten, wo die insgesamt schlechte Regierungsführung besonders zu Buche schlug. Die „Politik des Hasses“ (Kongresspartei) hatte sich also offenbar voll ausgezahlt, die Frontstellung Restindiens und der Welt gegen die Hinduradikalen in Gujarat hatte zur Solidarisierung geführt.

## 5 Die Nachwirkungen der Wahlen

Modis Sieg in Gujarat gab zunächst einmal der BJP-Gesamtpartei Anlass zur Überprüfung ihrer Wahlstrategie. Premierminister Vajpayee hatte nicht damit gerechnet, dass der Sieg in Gujarat so hoch ausfallen werde, hatte auch bei seinen Wahlauftritten (ebenso wie der Innenminister) eine eher moderate Linie verfolgt, weshalb er bei Modi und seinen Gefolgsleuten auch kein besonders gern gesehener Gast war. Auch die von der Zentrale vorgeschlagenen Wahlkreiskandidaten wurden z.T. nicht akzeptiert. Das gestiegene Selbstbewusstsein der Hinduradikalen nach der Wahl zeigte sich schon bald daran, dass der VHP in der Tempelfrage eine deutliche Positionsänderung der BJP in der Regierung verlangte und den Premierminister attackierte, weil er den Stopp der „Pilgerzüge“ Modis (s.o.) gebilligt hatte. Der Innenminister wurde attackiert, weil er auf Befragung ausschloss, dass Indien jemals ein theokratischer Staat werden könne. Insgesamt verlangte der radikale Anhang, dass „Hindutva“ Leitziel bei künftigen Wahlkämpfen werden müsse.

Auch die Koalitionspartner der National Democratic Alliance, die vor der Wahl noch Modis Entlassung gefordert hatten, kritisierten seine Position danach nicht mehr. Der Premierminister, der zum Jahresende auf die härtere Position innerhalb der Partei einzuschwenken schien und verlautbaren ließ, die Tempelagitation sei Ausdruck nationaler Gefühle bzw. die Muslimgemeinde habe den Angriff auf den Pilgerzug nicht gebührend verurteilt, schwenkte in seiner Neujahrsbotschaft wieder auf einen moderaten, säkularen Kurs ein. Dies aber erst, nachdem er für seinen vorherigen Schwenk attackiert worden war. Für die neuerliche Mäßigung wurden er und Advani von den Radikalen als „Wendehälse“ verunglimpft. Das Präsidium der Kongresspartei vermied auf seiner Sitzung am 5. Januar 2003 jede Diskussion über die Gründe für die Niederlage in Gujarat, sondern beschränkte sich darauf, die BJP wegen ihrer engen politischen Ziele anzugreifen. Die Kongresspartei sah sich in einer Zwickmühle: Weder schien es opportun, die Gefühle der Hindus zu verletzen, noch konnte man der BJP erlauben, mit ihrer neuen Strategie weitere Punkte zu machen. Überdies hatte sich eine schwache Kopie der BJP-Strategie in Gujarat als nicht sehr hilfreich erwiesen. Daher war die Ratlosigkeit in der Kongresspartei, die sich der Regierungsübernahme noch vor kurzem so sicher glaubte, ziemlich groß. Nur in außenpolitischen Fragen herrschte einige Klarheit: Die Kongressführung lehnte es ab, interne Probleme zur weiteren Verschlechterung der Beziehungen zu Pakistan zu instrumentalisieren. Für die Landtagswahlen 2003/04 machte sich die Kongressführung Hoffnung, auch ohne Allianzpartner auszukommen. Genau deswegen wurde sie von der Kommunistischen Partei angegriffen. Der Kongress habe durch Verzicht auf Allianzen in Gujarat unnötig hoch verloren und überdies Teile seiner säkularen Agenda geopfert.

Insgesamt ist die politische Stimmung in Indien seit den Wahlen in Gujarat völlig zugunsten der BJP umgeschlagen. Entsprechend selbstbewusst agierte sie auch gegenüber ihren Koalitionspartnern in Neu-Delhi. Hindutva und nicht die bisherige Agenda der Regierung solle bei den nächsten Unterhauswahlen die gemeinsame Plattform sein. Diese Botschaft vermittelte die Partei ihren Partnern beim Konklave

in Neu-Delhi über die kommenden Landtagswahlen (Ende Januar 2003). Allianzen mit Partnern, die der Hindutva-Ideologie feindlich gegenüberstehen, sollten nicht mehr geschlossen werden. Die während der Zeit der National Democratic Alliance beiseite gelegten Projekte der BJP (Abschaffung des Sonderstatus von Kaschmir, Tempelbau, einheitliches Familienrecht) sollen reaktiviert werden. Es ist nicht falsch, diese Wende auch vor dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, dass die regierende Allianz in der letzten Zeit ansonsten wenig bewegt hat. Dennoch schien der Kurswechsel bis zum Ende des Beobachtungszeitraumes (Mitte Februar 2003) Früchte zu tragen. Die Allianz würde nach der „Sonntagsumfrage“ (Wahlabsicht, wenn heute Wahlen wären) 42% der Stimmen und damit wahrscheinlich schon die absolute Mehrheit der Sitze erhalten. Die potenziellen Stimmengewinne konzentrierten sich nach der Umfrage auf die Hindiherzlande im Norden.

Diesen Umschwung nutzte die Regierung Anfang Februar 2003 zu ihrer nunmehr zehnten Kabinettsumbildung. Geplant war dabei, Politiker mit sauberem Image ins Kabinett zu schleusen und solche aus Unionsstaaten, in denen demnächst Wahlen stattfinden würden. Insgesamt fiel die Umbildung dennoch etwas erratisch aus, die Rolle des Vizepremiers wurde weiter dadurch gestärkt, dass er nun auch für die Rekrutierung des Personals im öffentlichen Dienst zuständig wurde.

Im Januar 2003 erwachte auch die Kongressführung aus ihrer Erstarrung. Erstes Opfer neuer Überlegungen wurde der Chefminister von Maharashtra, Vilasrao Deshmukh, der durch Sushil Kumar Shinde ersetzt wurde. Deshmukhs Regierungsführung war auch nicht schlechter als die der anderen Chefminister der Kongresspartei, Wahlen in Maharashtra würden aber so spät (2004) stattfinden, dass ein neuer Amtsinhaber die Sache noch ändern könnte. Der neue Chefminister ist ein Dalit; die dadurch politisch entmachtete Kaste der Marathas wurde durch den Posten des unionsstaatlichen Parteichefs entschädigt. Auch sonst wurden Kastengesichtspunkten für die anstehenden Wahlen wieder mehr Bedeutung geschenkt, hatte man doch mit dem Thema guter Regierungsführung allein die Wahl nicht gewinnen können. In Bezug auf mögliche Allianzen zeigte sich die Führung der Kongresspartei jetzt deutlich kooperationsbereiter. So wurde eine Allianz mit Sharad Pawars Nationalist Congress Party in Maharashtra und eine mit der HVP in Himachal Pradesh ins Auge gefasst.

## 6 Kaschmir und der indische Nordosten

Kaschmir stand einen großen Teil des Berichtszeitraums im Zeichen der Landtagswahlen im Herbst 2002. Schon deutlich vor diesen Wahlen intensivierten die Terrorgruppen in Kaschmir, offenkundig inspiriert von Hintermännern in Pakistan, ihre Angriffe auf kandidaturwillige Politiker und auf Polizeistationen. Ziel war hier wie später die Verunsicherung einer an sich wahlwilligen Bevölkerung und die Diskreditierung des Urnenganges insgesamt. Ende Mai wurde ein bekannter Führer der separatistischen Hurryat-Konferenz, der sich der Wahl stellen wollte, ermordet. Teile von deren Führung hatten auch mit der indischen Regierung verhandeln wollen. Die Botschaft dieses und späterer Anschläge war daher klar. In der Hurryat-Konferenz

zeichnete sich daher alsbald eine Spaltung in der Frage der Wahlbeteiligung ab. Die Zentralregierung wollte die in Kaschmir regierende National Conference dazu bewegen, in ihre Liste Vertreter kooperationswilliger Separatisten aufzunehmen. Im Mai häuften sich konsequenterweise die politischen Morde an tatsächlichen oder vermeintlichen Kollaborateuren. Dies verhinderte nicht, dass sich für die Wahlen eine Rekordzahl von Kandidaten meldeten.

Der pakistanische Präsident Musharraf hatte die Wahlen schon lange, bevor sie stattgefunden hatten, als „Farce“ bezeichnet, seiner Regierung musste daran gelegen sein, die Wahlbeteiligung so weit wie möglich zu drücken. Dies scheiterte in der ersten von vier Wahlphasen gründlich: In dieser Phase lag die Wahlbeteiligung bei immerhin 51%, noch höher in den Grenzdistrikten, die pakistanische Freischärler noch vor kurzem bedroht hatten. Dies obwohl die Hurryat-Konferenz unter Druck schließlich die Wahlen boykottiert hatte und bis Mitte August 150 politische Aktivistinnen umgebracht wurden. Die Wahlen verliefen insgesamt, von gelegentlichen Erschütterungen durch militante Wahlgegner abgesehen, fair und korrekt. Dies auch dank guter Vorbereitung durch die Wahlkommission. Die Wahlbeteiligung bei allen vier Phasen lag bei etwas über 44%, streute aber regional beachtlich. Mancherorts wurde die Bevölkerung von den Sicherheitskräften genötigt, an den Wahlen teilzunehmen.

Die bislang regierende National Conference erlitt eine empfindliche Niederlage, die das Ende der mehr als ein halbes Jahrhundert dauernden dynastischen Herrschaft des Abdullah-Clans brachte. Die National Conference verlor mehr als die Hälfte ihrer Sitze. Eine empfindliche Niederlage erlitt auch die BJP, die sieben ihrer acht bisherigen Sitze verlor. Die Kongresspartei verbesserte sich von neun auf 20 Sitze. Eigentlicher Wahlsieger aber war die gemäßigt autonomistische People's Democratic Party unter Führung von Mufti Mohammed Sayeed. Der Wahlausgang spiegelte wider, dass weder die kommunalistische Ideologie der BJP und ihres Anhangs in Jammu (der für eine Dreiteilung Kaschmirs eingetreten war) noch die Boykottfraktion großen Anhang hat. Die Niederlage der National Conference war die Quittung für eine ergebnisarme Politik und die eigene Selbstprivilegierung.

Die Kongresspartei hatte sich schon im Wahlkampf zu einer Koalition mit allen Parteien außer der BJP und der National Conference bereit erklärt. Obwohl nur zweiter Sieger, beanspruchte die lokale Kongressfraktion die Führung der Landesregierung. Sie musste von der Parteipräsidentin Sonia Gandhi zur Ordnung gerufen werden. Vereinbart wurde ein Rotationsmodell, nach dem die People's Democratic Party in der ersten Hälfte der neuen Legislaturperiode den Chefminister stellt, die Kongresspartei in der zweiten Hälfte. Die Koalitionsvereinbarung sah politischen Dialog mit allen politischen Gruppierungen einschließlich der Separatisten vor, die Suspendierung des Antiterrorgesetzes in Kaschmir und die Auflösung der Spezialeinheit der Polizei.

Ein anderer, dauerhafter Spannungsherd in Indien wurde im Berichtszeitraum einigermaßen befriedet. Zur Jahreswende 2002/03 fanden in Delhi Friedensgespräche zwischen der indischen Regierung und den Führern des Nationalist Socialist Council of Nagaland (NSCN), der größten secessionistischen Bewegung im Nordosten, statt.

Sie waren Schlusspunkt von 20 Verhandlungsrunden zwischen Regierung und Vertretern der Nagas. Größter Stolperstein dauerhaften Friedens ist die Forderung des NSCN nach einem ethnisch abgegrenzten „Groß-Nagaland“, das Bezirke der Nachbarstaaten einschließen würde und dort daher auf wenig Gegenliebe trifft. Bei ihren Verhandlungen mit der Regierung versprachen die Führer des NSCN, künftig auf den Einsatz von Gewalt zu verzichten. Weniger friedlich verlief die Entwicklung im Nachbarstaat Tripura, wo im Vorfeld der Wahlen (Februar 2003) die National Liberation Front Anschläge auf linke Politiker in der Regierung verübte.

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung: Christine Berg

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-295-6  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2003

CIP-Titelaufnahme:

<p><b>Indien 2003. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft /</b> hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2003. – 482 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-295-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT  
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: [www.duei.de/ifa](http://www.duei.de/ifa).

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde ([www.duei.de/dok](http://www.duei.de/dok)) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: [dok@duei.de](mailto:dok@duei.de)).